



AUGUST 2021

№ 3 66. JAHR

JAB 2518 NOOS

WWW.UNITERRE.CH

IGNORANZ STATT
VERLÄSSLICHKEIT

Aktion in Bern

ZUCKERRÜBENANBAU

Neue Ansätze

NACH DER ABSTIMMUNG

Aus unterschiedlichen Blickwinkeln

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG



DIE ZUKUNFT IST ANDERS

EDITORIAL

ULRIKE MINKNER
BÄUERIN UND UNITERRE SEKRETÄRIN

Nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung, so heisst es doch immer. Und da ist viel Wahres dran. Denn es sind weitere Initiativen in der Pipeline, die uns sicher beschäftigen werden. So zum Beispiel die Volksinitiative „Keine Massentierhaltung in der Schweiz“, die „Biodiversitätsinitiative“ oder die „Gletscherinitiative, für ein gesundes Klima“, Gesundheit, Klima, Umwelt- und Tierschutz sowie internationale Handelsbeziehungen sind Themen, die sehr präsent sind, jetzt und in Zukunft.

Deshalb ist der Dialog so wichtig. Wir wollen nicht noch einmal ein derart vergiftetes Klima erleben, wie vor der letzten Abstimmung über die beiden Agrarinitiativen zu den Pestiziden. Was tun? Zuerst einmal ist der vorausschauende Dialog mit allen Kräften innerhalb von Uniterre zu fördern, um uns gegenseitig zu verstehen und eine Position zu finden. Das braucht Zeit und erfordert Respekt und die Fähigkeit zuzuhören sowie einen starken Vorstand und die Zusammenarbeit aller Sektionen und Menschen, die Uniterre nahestehen.

Wie können wir uns in Debatten einbringen, die wir oft nicht selber initiiert haben aber in deren Fokus die Landwirtschaft steht? Für Uniterre ist es entscheidend, mit den verschiedensten Bewegungen in Kontakt zu treten, auch wenn sie nicht genau auf unserer Linie sind. Wer ist das schon? Wir sollten unsere Beziehung zu Umwelt- und Entwicklungsorganisationen und den Bürger*innenbewegungen für Klima und Landwirtschaft stärken. Gerade weil sie einen ganz anderen Hintergrund haben, gerade weil sie häufig aus einem städtischen Umfeld kommen und gerade weil sie von unseren Realitäten wenig wissen, müssen wir sie einladen zu gemeinsamen Gesprächen und zwar lieber früher als später. Die Klimastreik-Bewegung (climatestrike.ch) zum Beispiel hat 63 Massnahmen zum Thema Landwirtschaft aufgestellt. Zu anderen Themen wie Mobilität, Raumentwicklung oder Energieversorgung sind es weit weniger. Fazit ist, landwirtschaftliche Themen bekommen viel Aufmerksamkeit. Viele dieser Massnahmen sind uns jedoch bekannt, und auch wenn sie als radikal empfunden werden können, gehen sie in die richtige Richtung. Die Jugend will bessere Zukunftsaussichten und sucht den Dialog, also müssen wir uns darauf einlassen; überall da, wo dies möglich ist, auf dem eigenen Hof, in der Nachbarschaft, mit unseren Kundinnen und Kunden und bei Uniterre.

Durch die Ablehnung der verschiedenen Vorlagen wurden die Anliegen nicht vom Tisch gewischt. In dieser Ausgabe befassen sich mehrere Beiträge mit diesen Themen. Wir danken für die Texte und Leserbriefe und wünschen allen eine gute Lektüre. •

RETROSPEKTIVE

Internationaler Kampftag der Bäuerinnen und Bauern (17.April) und Klimastreik (21.Mai) in Genf.

Korrigenda: Alle Fotos der letzten Ausgabe (Mai) entstanden auf der Coopérative les Jardins de Cocagne und nicht auf dem Gemeinschaftshof La Touvière. Wir entschuldigen uns für den Fehler in der Bildlegende.

Uniterre, Big-M und BBK (Berner Bauernkomitee) haben am Montag, 14. Juni 2021, eine Protestaktion in Bern organisiert. Streitpunkt: die Nichtumsetzung des Antrags zur Verbesserung der Milchverträge durch die Branchenorganisation Milch.

IGNORANZ STATT VERLÄSSLICHKEIT

BERTHE DARRAS
UNITERRE SEKRETÄRIN, MILCHKOMMISSION

Das war historisch: Die Motion des Ständerats 19.3952 „Verlässlichkeit des Standardvertrags der Branchenorganisation Milch“ wurde vom Ständerat am 24.09.2019 und vom Nationalrat am 28.06.2020 mit nur 2 Gegenstimmen angenommen. Die Branchenorganisation Milch (BOM), die von der Bundesverwaltung als verbindlich erklärt wurde, musste die Hauptforderungen dieser Motion berücksichtigen; der wichtigste Punkt für unsere drei Organisationen war, die Anlieferung von B-Segment-Milch freiwillig zu machen.

WIR WAREN DAHER ÜBERRASCHT, dass die Forderung des Antrags bezüglich der Lieferung von B-Milch bei den vorgeschlagenen Vertragsänderungen völlig ignoriert wurde! Auch die zweite Forderung, nämlich einen Vertrag zur Festlegung einer Menge und eines Preises für einen Zeitraum von drei Monaten, erfüllt die BOM nicht. Stattdessen schlägt sie eine neue Methode zur Berechnung des Preises für das B-Milch-Segment vor, welche zu einer Erhöhung des Richtpreises um 2,4 Rp. ab Anfang Juli 2021 führen wird.

Eigentlich sollte am Montag, den 14. Juni, die Delegiertenversammlung der BOM stattfinden, um diese völlig ignoranten Beschlüsse absegnen zu lassen.

DESHALB HABEN WIR GLEICHTAGS MIT EINER AKTION DIE UNHALTBARE SITUATION IN SZENE GESETZT, indem wir in Bern eine Person in der Rolle eines BOM-Verantwortlichen auf die Bühne gebracht haben. Er hat dort die Beschlüsse des Parlaments im wahrsten Sinne des Wortes „verhäckselt“.



MIT DEM DERZEITIGEN SYSTEM wird der Kampf um Marktsegmente mit geringem Mehrwert auf Kosten der Lieferant*innen geführt. Die „billige“ B-Milch wird sogar zur Finanzierung von Dumpingexporten verwendet und drückt damit den Preis, so, dass auf Dauer Milch nicht mehr nachhaltig produziert werden kann. Zudem führt der ständige Preisdruck in der Landwirtschaft zu Produktionsformen, die von der Bevölkerung immer weniger akzeptiert werden und schlussendlich zur Einstellung der Produktion: Ende 2020 gab es in der Schweiz noch 18'694 Milchproduzent*innen. Vor 25 Jahren waren es noch 44'000.

DAS PARLAMENT HAT DIE NOTWENDIGKEIT ERKANNT, die Situation der Milchproduzent*innen zu verbessern. Mit der Annahme der Motion entstand die Hoffnung auf positive Veränderungen in der Milchproduktion. Umso mehr sind wir empört! Die BOM denkt, sie steht über einer demokratischen Entscheidung! Der Widerstand war zu erwarten, aber wir hätten nie geglaubt, dass es möglich ist, eine politische Entscheidung derart zu ignorieren. Die Forderung des Parlaments kann ohne Probleme umgesetzt werden. Für die Konsument*innen ändert sich dadurch nichts, aber die freiwillige Abgabe von B-Milch wird den Milchpreis für die Bäuerinnen und Bauern deutlich verbessern.

WIR MILCHPRODUZENT*INNEN FORDERN, dass der Antrag umgesetzt wird! Wir werden weiter kämpfen und, wenn nötig, andere Mittel finden, um die BOM in die Knie zu zwingen.

NACHTRAG: Beschlüsse der Delegiertenversammlung der BOM (2.7.2021). Ab 1. Januar 2022 gelten folgende Bedingungen beim Milchkaufvertrag: Die Konditionen im Milchkauf (Mengen und Preise) müssen zwingend jeden Monat für das A- und B-Segment einzeln bis spätestens am 20. des Vormonats jedem Lieferanten bekannt gegeben worden sein. Die Delegierten kamen überein, nicht auf die vom Parlament geforderte freiwillige Anlieferung von Milch im Segment B einzugehen. Damit ignoriert die BOM den Parlamentsbeschluss vom 28.6.2020. •

WORTLAUT DER MOTION

„Verlässlichkeit des Standardvertrags der Branchenorganisation Milch“

Der Bundesrat wird beauftragt, bei der Branchenorganisation Milch darauf hinzuwirken, dass der Standardvertrag für den Kauf und den Verkauf von Rohmilch gemäss Artikel 37 des Landwirtschaftsgesetzes folgende Elemente umfasst:

Der Milchkaufvertrag muss sicherstellen, dass der Milchlieferant vor Ablieferung weiss, zu welchen Preisen er Milch liefert, sodass er unternehmerisch planen kann. An der Segmentierung in A-, B- und C-Milch muss festgehalten werden. Dass es keinen C-Preis mehr gibt und dafür überschüssige Milch über den B-Kanal verkauft wird, darf nicht erlaubt sein. Es muss in jedem Fall ein separater Preis für B- und C-Milch festgelegt werden. Der Preis für A- und B-Milch muss im Vertrag mit Menge und Preis in Kilogramm fixiert sein, mindestens für drei Monate. Die Freiwilligkeit der Lieferung von C-Milch muss dem Milchlieferanten gewährleistet sein. Deshalb ist auch vertraglich zu vereinbaren, welche Mengen zu welchem B-Preis abgerechnet werden können. Produzenten, die keine billige B- und C-Milch liefern wollen, dürfen nicht mit Mengenkürzungen im Bereich der A-Milch und der B-Milch bestraft werden.



MILCHPREISE

Derzeit ist die Schweizer Milchproduktion in zwei Segmente unterteilt: Segment A für die inländische Produktion und Segment B für den Export, ohne Zollschutz.

- Der Zielpreis für Milch im Segment A beträgt seit dem 1. Januar 2021 73 Rp., ABER der tatsächlich an die Milchproduzent*innen im Segment A ausbezahlte Preis (Durchschnitt 2020) beträgt 64,5 Rp.
- Der Zielpreis für Milch im Segment B (Durchschnitt 2020) liegt bei 51 Rp., der tatsächlich an die Milchproduzent*innen im Segment B (Durchschnitt 2020) ausbezahlte Preis beträgt 47,2 Rp.

Prozentualer Anteil der Segment-A-Milch

im Jahr 2020 = 70,7 %

Prozentualer Anteil der Milch im Segment B

im Jahr 2020 = 2,93%

Segment C-Milch: Dies ist Milch, die zur Entlastung des Marktes verwendet wird. Sie ist für den Weltmarkt bestimmt und wird u.a. zur Herstellung von Milchpulver und Butter verwendet. Die Lieferung ist freiwillig. Der bezahlte Preis kann zwischen 26Rp und 33 Rp variieren. Derzeit gibt es keine Segment-C-Milch.

Zur Erinnerung: Ein Milchpreis, der die Produktionskosten deckt, liegt bei etwa 1Fr.

AUS DER SICHT EINES ETHNOLOGEN: KAMPAGNE DER ANTI-PESTIZID-INITIATIVEN

INTERVIEW VON VANESSA RENFER
BÄUERIN UND UNITERRE SEKRETÄRIN

MIT JÉRÉMIE FORNEY
PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT NEUENBURG

Wenige Tage vor den Abstimmungen trafen wir Jérémie Forney, Professor für Ethnologie an der Universität Neuenburg, der sich schon lange für die landwirtschaftliche Problematik interessiert. Wir wollten wissen, was er über die Kampagne denkt und wie er die Zukunft sieht.

Uniterre: Jérémie Forney, die Kampagne neigt sich dem Ende zu, wie empfinden Sie diese letzten Wochen?

J.F.: Zunächst einmal denke ich, dass es wichtig ist, mit der Sprache vorsichtig zu sein. Wir sprechen oft über Landwirte als Ganzes, aber wir dürfen nicht vergessen, dass nicht alle Landwirte die gleiche Meinung haben. Wir müssen uns auch immer fragen, ob wir über Landwirte als Individuen oder über ihre Berufsverbände sprechen. Es gibt eine offensichtliche Einstimmigkeit, trotz einiger abweichender Stimmen, und die meisten Berufsverbände haben eine grosse Fähigkeit bewiesen, ihre Mitglieder zu bündeln.

Dies spiegelte sich darin wider, dass diese Organisationen im Wesentlichen die folgende Botschaft mit Hilfe einer Karikatur aussandten: „Ihr Bauern, diese Städter, die keine Ahnung haben, greifen euch an, ihr seid die Opfer und wir werden euch verteidigen“. Dies ist eine Methode, die grosse Spannung in die Kampagne gebracht hat. Die Botschaft der Initiatoren hingegen richtet sich nicht gegen einzelne Personen oder gegen einen Berufsstand, sondern gegen ein System und bestimmte Produkte.

Glauben Sie, dass dies die jüngsten Ausbrüche, insbesondere in den sozialen Netzwerken, erklärt?

J.F.: Ich denke, das Hauptproblem liegt darin, dass sich die Botschaft auf die Auswirkungen von Pestiziden auf die menschliche Gesundheit konzentriert hat. In diesem Bereich gibt es immer noch eine beträchtliche Menge an Unklarheiten, daher die Halbwahrheiten und Verkürzungen, die regelmässig auf beiden Seiten genannt werden. Die Initiatoren begannen mit einer etwas nuancierteren Botschaft, bei der auch die Umweltauswirkungen von grosser Bedeutung waren und die wissenschaftlichen Gewissheiten viel klarer sind. Aber für einen Bauern ist es wahrscheinlich die schlimmste Beleidigung, als Giftmischer bezeichnet zu werden, da er so stolz auf seine Rolle als Ernährer ist. Daher die heftigen Reaktionen und der sehr konfrontative Charakter der Kampagne.

Was glauben Sie, warum die Bauern und Bäuerinnen so zögerlich waren? In der Vergangenheit wurden bereits andere Umweltauflagen eingeführt.

J.F.: Zunächst einmal wurde das Gefühl, als alleiniger Verantwortlicher herausgegriffen zu werden, als grosse Ungerechtigkeit erlebt, und das zu Recht.

Zweitens muss man verstehen, dass im Agrarmodell der Nachkriegszeit Pflanzenschutzmittel schnell eine erhebliche Bedeutung erlangten und eine zentrale Rolle spielten. Sie erleichterten die Arbeit, steigerten die Erträge und trugen dazu bei, dass Lebensmittel reichlich vorhanden und billig waren. Nicht nur der Landwirt sollte lernen, ohne sie auszukommen, sondern alle Ebenen des Systems, einschliesslich der Verbraucher.

Es ist daher leicht zu verstehen, dass der Landwirt nicht der Einzige sein kann und will, der Veränderungen vornehmen muss, während der Rest der Gesellschaft seine Konsumgewohnheiten beibehält. Was ein Risiko bleibt, das mit der Umsetzung der Initiativen verbunden ist, auch wenn die Initiatoren eine tiefgreifende Veränderung des Systems fordern. Von Anfang an hätte ein globaler Ansatz befürwortet werden müssen, bei dem alle Akteure der Lebensmittelkette gemeinsam auf ein anderes System hinarbeiten. Die Schweiz, ein reiches Land, hätte eine Vorreiterrolle spielen können, quasi „einen Feldversuch mit der Bevölkerung“. Sie kann sich aber auch den Luxus leisten, nichts zu verändern und weiter wie bisher zu konsumieren und sich auf Importe zu verlas-

sen. Es ist bedauerlich, dass die beiden Initiativen nicht mehr Gewicht auf unsere konsumistischen Exzesse gelegt haben. Es ist auch bedauerlich, dass es kein verbindendes Gegenprojekt gab.

Und nun, wie wird es weitergehen?

J.F.: Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass die „Anti-Pestizid“-Bewegung schon weit vor diesen Initiativen existierte. Wenn Landwirte nach anderen Produktionsmöglichkeiten suchen und auch die Verbraucher ihre Unzufriedenheit mit unseren Konsummustern zum Ausdruck bringen, sehen wir, dass ein Dialog möglich ist und dass es Brücken gibt.

Sehr positiv ist meiner Meinung nach, dass das Thema Ernährung wieder in den Mittelpunkt gerückt ist. Die Menschen äussern eine legitime Sorge. Es ist richtig zu fragen, woher unsere Lebensmittel kommen, es betrifft unsere Umwelt, unsere Gesundheit, auch unser Budget. Und die Landwirte sind nicht immer die Gewinner im aktuellen System.

Das ist ein interessanter Punkt! Warum beharren wir darauf, ein Modell zu verteidigen, an dem zahlreiche Bauern und Bäuerinnen weiterhin scheitern werden?

J.F.: Wenn man sich den jährlichen Bericht über das landwirtschaftliche Einkommen anschaut, kann man sehen, dass die Kluft zwischen hohen und niedrigen Einkommen sehr gross ist. In der Tat geht es vielen Landwirten recht gut. Und für viele ist es immer noch ein Zeichen von Erfolg und beruflicher Leistung, viel zu produzieren. Die Leute vergleichen sich mit ihren Nachbarn, indem sie über ihre Tonnage pro Hektar sprechen, wahrscheinlich auch im biologischen Landbau.

Welche Wege schlagen Sie vor, um aus diesem Zustand von Zorn und Unverständnis wieder herauszufinden?

J.F.: Zuallererst müssen wir die Debatte entpolitisieren, aus der Ja/Nein-Sackgasse herauskommen und zum Dialog zurückkehren, zu Räumen des Austauschs, die die Erfahrungen aller berücksichtigen. Wir können sehen, dass es Bereiche des Wandels gibt, Menschen, die fähig und bereit sind, gemeinsame Lösungen zu finden, die verstanden haben, dass die Landwirtschaft allein keinen Wandel herbeiführen kann. Es ist zwingend notwendig, dass wir eine rein dogmatische Haltung hinter uns lassen und zu pragmatischen Fragen zurückkehren. Umgekehrt wäre es äusserst schädlich, wenn sich die Debatte um bestimmte Gruppen radikalieren würde. Es ist wichtig zu erkennen, dass wir, wenn wir unsere Produktionsmethoden ändern, auch unsere Konsummethoden ändern müssen, sonst besteht die Gefahr, dass wir die Auswirkungen einfach an die Landwirtschaft anderer Länder weitergeben.

Der Konsumentenpreis, der so niedrig ist (ein grosser Sieg für das produktivistische System), wird ein wichtiges Thema sein. In diesem Sinne kann die Debatte nicht nur auf Landwirte und Konsumenten reduziert werden. Die Grossvertriebler müssen mitberücksichtigt werden. Wir können eine Neugewichtung der Kräfte fordern, aber es ist illusorisch, diese Akteure aus der Landschaft entfernen zu wollen. Wenn die Initiativen abgelehnt werden, haben die grossen Berufsverbände eine gute Gelegenheit, ihr politisches Gewicht wieder geltend zu machen. Es wird interessant sein zu sehen, ob sie auf eine Art und Weise mobilisieren, die Einigkeit und gemeinsames Nachdenken fördert, oder ob sie versuchen werden, ihre Muskeln spielen zu lassen, insbesondere gegenüber den Umweltbewegungen. Letzteres wäre auf Dauer kontraproduktiv, auch für die Bauern, davon bin ich überzeugt. •

BEGINNT: DIE SELBSTORGANISIERTE AUSBILDUNG IM ÖKOLOGISCHEN GEMÜSEBAU

CHRISTIAN HUTTER
GÄRTNER, FÜR DIE FAME

Seit dem Herbst 2020 treffen wir uns als Gruppe junger Menschen aus der ganzen Schweiz regelmässig und wir haben den Verein F.A.M.E (Formation autogérée de maraichage écologique) gegründet. Im Vorstand sind u.a. auch Uniterre, die Landkooperative Longo Mai sowie die Solawi radiesli vertreten. Die Gründungsidee geht auf das jährliche Begegnungsallemende-Treffen zurück, das sich auf das landwirtschaftliche Gemeingut „Allmend“ beruft. Am Treffen 2019 stellten wir fest, dass im ökologischen, vielfältigen und kleinstrukturierten Gemüsebau vielerorts ein Fachkräftemangel herrscht, denn eine ökologische Ausbildung im Gemüsebau gibt es in der Schweiz nicht, sondern nur eine konventionelle Lehre.

DER ERSTE JAHRGANG UND DIE HÖFE. 23 Lernende im ersten Jahrgang und eine Warteliste für 2023 zeigen deutlich, dass Bedarf an einer solchen Ausbildung besteht. Viele angehende Gärtner*innen fühlen sich vom bisherigen Bildungsangebot nicht angesprochen. Konkret arbeiten wir „Lernenden“ seit diesem Frühjahr zu etwa 60% in Gärtnereien, Solawis und kleinen Höfen zwischen Genf, Thun und dem Zürichsee. Ortoloco in Zürich ist mit 250 Abos der grösste Betrieb, der kleinste ist ein Selbstversorgerhof. Bisher bieten leider viele kleine Betriebe, wie es die meisten Solawis (Solidarische Landwirtschaft) sind, noch keine Lehrstellen an.

VIEL IDEALISMUS UND KARGER LOHN. Zwischen dem Mindestlohn für die Landwirtschaft und ausschliesslich Verpflegung als Lohn gibt es alles. Einige Lernende kommen dadurch in eine schwierige finanzielle Situation. Wir von der FAME fordern darum, dass in Zukunft alle Ausbildungsorte einen Minimallohn während der Lehrzeit bezahlen, wie es in anderen Lehrbetrieben auch üblich ist. Damit wir keine Nebenjobs machen müssen, um auf ein Existenzminimum zu kommen. Ausserdem wünschen wir uns einen arbeitsfreien Zeitraum pro Woche, um genug Zeit für die theoretische Vertiefung zu haben. Wie es sonst üblich ist. Beim Arbeiten auf diesen Höfen lernen wir Praktisches im Gemüsebau von der Aussaat bis zur Ernte. Da wir über die Romandie und die „Dütschswiiz“ verteilt lernen und arbeiten, machen wir die Ausbildung zweisprachig. Auch alle Lernmaterialien werden zweisprachig erarbeitet. Dies ist eine gute Möglichkeit, den Wortschatz der zweiten Landessprache aufzufrischen.

VON DER PRAXIS ZUR THEORIE. Genau wie wir den Aufbau des Bodens als essentiell für das Pflanzenwachstum erachten, wollen wir unsere Bildung von unten her organisieren. Im Winter, in der weniger arbeitsintensiven Zeit, finden die einwöchigen monatlichen Theorieblöcke statt. Im November startet der erste von 10 Blöcken, selbst organisiert von uns Lernenden. Wir werden Fachleute und Praktiker*innen zur Seite haben, die uns ihr Wissen weitergeben: Von der Bodenbearbeitung, über die Setzlingsanzucht bis zur Fruchtfolge. Das ist der teuerste Teil an unserer Ausbildung. Wir brauchen schon jetzt viel von unserer wenigen arbeitsfreien Zeit, um das Geld dafür aufzutreiben. Wir freuen uns über jede Spende, Tipps und Unterstützung beim Finanzieren der Ausbildung. Es würde uns zudem sehr freuen, wenn Uniterre-Mitglieder sich für Ausbildungsplätze bei uns melden würden. •

Weitere Informationen:

gemuesebaulernen.ch, info@gemuesebaulernen.ch

Spenden sind erwünscht an:

Verein F.A.M.E, IBAN: CH93 0839 2000 1580 6330 9

Eine Landwirtschaft ohne synthetische Pestizide und Antibiotika, eine die von Futtermittelimporten unabhängige ist, kurzum eine umweltfreundliche Landwirtschaft, ist durch die Ablehnung der beiden Pestizidinitiativen nicht vom Tisch. Im Gegenteil, der Übergang muss beschleunigt werden und die Gesellschaft als Ganzes muss sich daran beteiligen.

NICHT VOM TISCH GEWISCHT

BERTHE DARRAS / MICHELLE ZUFFEREY
UNITERRE SEKRETÄRINNEN

UNITERRE HAT SCHON VOR DER ABSTIMMUNG VON NÖTIGEN RAHMENBEDINGUNGEN GESPROCHEN, WELCHE WAREN DAMIT GEMEINT?

Ausgangspunkt ist die Erkenntnis der Notwendigkeit einer radikalen Veränderung des schweizerischen und globalen Ernährungssystems und der Erhalt der lokalen bäuerlichen Landwirtschaft. Dazu müssen wir in erster Linie sicherstellen, dass die Bäuerinnen und Bauern faire Preise erhalten, d.h. Preise, die ihre Produktionskosten decken.

Dies bedeutet:

- Ein starkes Engagement der Konsument*innen, lokal einzukaufen und zu akzeptieren, dass Lebensmittel ihren Preis haben: Ist es normal, dass der derzeitige Anteil unseres Budgets für Lebensmittel weniger als 7 % beträgt? Wir müssen jedoch Lösungen finden, um Familien mit sehr geringem Einkommen zu helfen, denn gesundes Essen ist ein Recht und kein Luxus.
- Grossverteiler müssen sich ihrer sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Verantwortung bewusst werden, und ihre Unternehmensstrategie ändern: Der Preisdruck, hohe Margen, insbesondere bei Bioprodukten, eine Handelspolitik, die billigere Importprodukte gegenüber Schweizer Produkten bevorzugt, - all das muss korrigiert werden.

Welche Punkte würden den Bund und die Politik betreffen?

- Der Bund sollte einen Rahmen schaffen, der sicherstellt, dass die Produzent*innen klare und transparente Informationen über die Märkte, über die erzielten Margen auf allen Stufen der Wertschöpfungskette bekommen und vor allem eine volle Beteiligung an der Entscheidungsfindung ohne Machtverzerrung haben. Dies steht im Einklang mit den Artikeln 2.3, 11 und 16 der UNO-Erklärung über die Rechte der Bauern und Bäuerinnen.¹
- Die Schweiz muss auch sicherstellen, dass die auf ihrem Territorium ansässigen Wirtschaftsunternehmen die Rechte der Bauern und Bäuerinnen respektieren und stärken (Art. 2.5).

Was bedeutet das konkret in den verschiedenen Bereichen?

Bei Importen:

- Importierte Produkte müssen die gleichen Produktionsstandards erfüllen wie die inländische Produktion, ansonsten sind sie verboten.
- Garantierte und vorrangige Behandlung von Inlandprodukten.
- Importe sollen nur die Lücken der heimischen Produktion schliessen.
- Landwirtschaftliche Produkte aus Freihandelsabkommen ausschliessen: Es sind die aktuellen Freihandelsabkommen, die die lokale Versorgung gefährden. Freihandel und Nachhaltigkeit sind unvereinbar!

Welche konkreten Vorschläge bestehen bezüglich Ausbildung und Forschung?

- Massiv in transdisziplinäre und partizipative öffentliche Forschung investieren. Es müssen Lösungen gefunden werden, um die Umwelt zu schützen, eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern und unseren Selbstversorgungsgrad zu erhalten. Förderung agrarökologischer Praktiken, wie u.a. nachhaltige Anbaumethoden, reseptvoller Umgang mit allen natürlichen Ressourcen, Mischkulturen, ganzheitlicher Ansatz zur Vorbeugung von Krankheiten, etc.
- Unterstützung der Betriebe in der Übergangsphase:
- Aufwertung der landwirtschaftlichen Löhne, um die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen zu erhöhen

- Anpassung der Aus- und Weiterbildung an die neuen Herausforderungen
- Stärkung der landwirtschaftlichen Beratung durch Ausbildungen für alle Interessierten.
- Arbeit an den zu entwickelnden Kriterien für die Auswahl neuer Technologien (z.B. Digitalisierung) Diese müssen im Dienste der Bäuerinnen und Bauern stehen und deren Autonomie und Unabhängigkeit wahren.

Welche Massnahmen müssten von Kantonen und Gemeinden mitgetragen werden?

- Kurze Wege fördern: Die Kantone und Gemeinden sollten die Sanierung oder den Bau von Wohngebieten unter Einbezug von handwerklichen Verarbeitungsbetrieben (Bäckerei, Molkerei, Metzgerei), Direktverkaufsstellen und anderen Dienstleistungen planen.
- Umsetzung konkreter Massnahmen, um die Lebensmittelverschwendung zu stoppen: 2.600.000 Tonnen Lebensmittel gehen in der Schweiz jedes Jahr verloren.
- In Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen für Konsument*innen investieren.

Was ist das Fazit und somit die Kernbotschaft von Uniterre?

All diese Forderungen sind nichts weniger als die Ernährungssouveränität, für die Uniterre seit Jahrzehnten an der Seite von La Via Campesina kämpft! Und sie kann Realität werden, indem die UNO-Erklärung über die Rechte der Bauern und Bäuerinnen und anderer Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten in der Innen- und Aussenpolitik der Schweiz umgesetzt wird.¹

Dies ist ein gesellschaftliches Projekt, von dem wir alle betroffen sind. Wir fordern einen radikalen Wandel im Lebensmittelsystem und eine echte Zusammenarbeit zwischen Konsument*innen und Bäuerinnen und Bauern, die durch einen gesetzlichen und verbindlichen Rahmen in allen Lebensmittel-Wertschöpfungsketten gewährleistet wird! •

1 UNO-ERKLÄRUNG ÜBER DIE RECHTE DER BAUERN UND BÄUERINNEN.

Die Schweiz ist verpflichtet, alles zu tun, um die Position der Bäuerinnen und Bauern in den Verhandlungen zu stärken (Art. 9.3), wobei die bestehenden Machtungleichgewichte zwischen den verschiedenen Parteien zu berücksichtigen sind und ihre aktive, freie, effektive und informierte Teilnahme zu gewährleisten ist (Art. 2.3). Da der Zugang zu Informationen ein Schlüsselthema bei Verhandlungen ist, haben Bauern und Bäuerinnen das Recht, Informationen über Faktoren zu erhalten, die die Produktion, Verarbeitung, Vermarktung und den Vertrieb ihrer Produkte beeinflussen können (Art. 11.1).

Unser Spendenkonto

Banque Raiffeisen Broye Vully Lacs
1564 Domdidier
CCP de la Raiffeisen 17-1378-2
IBAN: CH23 8080 8002 5119 3914 1

UNITERRE
av. du Grammont 9
1007 Lausanne

UNITERRE ist von den Steuerbehörden Waadt als gemeinnützig anerkannt. Sie können Ihre Spenden an UNITERRE von Ihren Steuern abziehen.
MERCI!



Der Appetit der multinationalen Unternehmen auf mehr Märkte, mehr Gewinne und mehr Wachstum wird anhalten. Wir müssen uns also mit der grundlegenden Frage auseinandersetzen: Welchen Handel wollen wir?

MERCOSUR: WARUM WIR DAS ABKOMMEN VERHINDERN MÜSSEN.

INTERVIEW GEFÜHRT VON MATHIAS STALDER
UNITERRE SEKRETÄR

MIT RENÉE VELLVÉ, KOORDINATORIN
DES GLOBALEN PROGRAMMS DER NGO GRAIN¹

Uniterre: Welches sind die alarmierendsten Auswirkungen des Freihandelsabkommens mit dem Mercosur?

R.V.: Das Abkommen berücksichtigt die Ernährungssouveränität überhaupt nicht. Im Gegenteil, sie wird nur das industrielle Modell fördern und die multinationalen Unternehmen der EFTA-Staaten begünstigen, die die landwirtschaftlichen Vorleistungen (z.B. Dünger, Saatgut und Pestizide) produzieren und die billigen Rohstoffe (anstelle von Endprodukten) kaufen. Dieses Modell ist in den Mercosur-Staaten besonders katastrophal in Bezug auf Landraub, Abholzung, Verletzung der Rechte lokaler Gemeinschaften und Straffreiheit für grosse Unternehmen.

Wir waren schockiert, als wir sahen, dass die Schweiz beschlossen hatte, Quoten (siehe Kasten) für den Import von Produkten wie Honig, Milchpulver, Butter, Zwiebeln und Kartoffeln aus den Mercosur-Ländern zu gewähren, obwohl diese von Landwirt*innen in der Schweiz und ihren europäischen Nachbarländern produziert werden.

Wer profitiert und wer verliert von dieser Vereinbarung?

R.V.: Die multinationalen Konzerne des Agrarsektors (Fischerei, Düngemittel, Pestizide, Industriefleisch, Getreidehandel usw.). Die Zivilgesellschaft befürchtet, dass die Schweizer Firmen vor allem versuchen, die Kontrolle über den Finanzdienstleistungs- und Versicherungssektor in ihrer Region zu übernehmen. Im Moment haben wir allerdings nur unvollständige Informationen über den Inhalt des Abkommens.

Was sollen wir von dieser „neuen Ära“ der Freihandelsabkommen und ihren Versprechungen von nachhaltigen Agrar- und Lebensmittelsystemen und dem Respekt vor dem Klima und den Menschenrechten halten?

R.V.: Wir glauben diesen Versprechungen nicht: Prüfen Sie einfach, ob diese Elemente verbindlich sind und für wen! Auf der anderen Seite gibt es einen Gegensatz zwischen zwei Strömungen: eine, die die Säulen des Neoliberalismus, wie z.B. die Freihandelsabkommen, abbauen will. Und die andere, die versucht, sie zu „verbessern“, um sie akzeptabler zu machen. Aber man kann weder die Menschenrechte, noch die Arbeitnehmerrechte, noch das Klima durch ein Handelsabkommen regeln! Das macht keinen Sinn. Wir müssen den Umfang und die Macht dieser Abkommen reduzieren (und sie wirklich mit unseren Visionen von Ernährungssouveränität kompatibel machen), nicht ihnen mehr Raum geben!

Derzeit liegt die Exportquote des Mercosur in die EFTA-Länder bei 12%. Welche Auswirkungen wird das Freihandelsabkommen auf diese Exporte haben und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für unsere heimische Landwirtschaft?

R.V.: Die Landwirtschaft macht 12% der Exporte des Mercosur aus, das ist wahr. Aber wenn wir Gold ausschließen, beträgt der Umfang der landwirtschaftlichen Produkte 22% (fast ein Viertel). Da das Abkommen zum ersten Mal bilaterale Kontingente zwischen diesen Ländern vorsieht, liegt es auf der Hand, dass es die Produktion und den Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in die EFTA-Länder fördern wird. Das bedeutet auch Wettbewerb mit Schweizer Produzenten. Und Druck auf die Preise.

Und welche Konsequenzen sind für den Agrar- und Fischereisektor in den Mercosur-Ländern zu erwarten?

R.V.: Die grösste Angst ist die Ausweitung der Viehzucht in den vier Ländern, einschliesslich der Produktion von Soja und Mais für diese Farmen. Diese Expansion ist unter Bolsonaro in Brasilien bereits außer Kontrolle geraten, wo die

Waldzerstörung rasant voranschreitet (Brände werden von Viehzüchtern/Agrarunternehmen gelegt). In ähnlicher Weise hat die Produktion von Soja und Mais enorme Auswirkungen in Bezug auf das Versprühen von Pestiziden auf die lokale Bevölkerung, die stark darunter leidet (Krankheiten, Krebs).

Auf europäischer Ebene wurde eine umfangreiche Kampagne organisiert.² Wie gross sind die Chancen, diese Vereinbarung zu verhindern?

R.V.: Es besteht eine sehr gute Chance. Aber wir müssen aufpassen, dass wir es nicht einfach in eine Schublade stecken, was ein gewisses Risiko darstellt. Denn die konfrontative Politik des brasilianischen Präsidenten ist sicher nicht hilfreich für die Umsetzung des Abkommens. Der Appetit der multinationalen Unternehmen auf mehr Märkte, mehr Gewinne und mehr Wachstum wird anhalten. Wir müssen uns also mit der grundlegenden Frage auseinandersetzen: Welchen Handel wollen wir? Darüber werden wir zu diskutieren haben, nachdem wir diese Vereinbarung begraben haben. Es wird zweifellos ein Handel sein, der lokaler und regionaler

ist und respektvoller gegenüber den Bäuerinnen und Bauern und den Konsument*innen in unseren jeweiligen Regionen gestaltet sein wird.

Die Menschen sind jetzt sehr daran interessiert, zu investieren und mehr lokale Wirtschaft zu entwickeln. Und die Klimakrise zwingt uns zu einem sofortigen Kurswechsel. •

WEITERE INFORMATIONEN UND QUELLEN:

1. <https://grain.org/>
2. Die Kampagne: <https://stopeumercosur.org>
3. SECO: www.news.admin.ch/news/message/attachments/61957.pdf.

IMPORTE VON AGRARGÜTERN IN DEN MERCOSUR STAATENBUND³

	MIT MERCOSUR	2019
Käse	960,96 t	23 t

ZOLLFREIE IMPORTE VON AGRARGÜTERN IN DIE SCHWEIZ MIT DEM MERCOSUR - ABKOMMEN³

	MIT MERCOSUR	2019
Rind	3'000 t	3'600 t
Schwein	200 t	0 t
Schaf	200 t	0 t
Huhn	1'000 t	17'000 t
Olivenöl	1'000 t	1,1 t
Erdnussöl	2'000 t	1'924 t
Mais	7'500 t	500 t
Weizen	2'500 t	3'200 t
Reis	1'000 t	61'000 t
Butter	100 t	0 t
Äpfel	150 t	6,3 t
Birnen	150 t	369 t
Kirschen	1'500 t	0 t / no data
Trauben	150 t	605 t
Kartoffeln	600 t	0 t
Zwiebeln	500 t	42 t
Honig	2'000 t	1'355 t
Fruchtsäfte	180 t	40,3 t
Milchpulver	300 t	0 t
Wein	3'500 t	3'190 t

NEUE WEGE, NEUE UNBEKANNTE

IM SCHWEIZER BIO-ZUCKERRÜBENANBAU

MICHELLE ZUFFEREY
UNITERRE SEKRETÄR

Dank der Initiative von Philippe Faivre, Bauer in Montigues, wurden im Jura Versuche zur Pflanzung von Zuckerrübensetzlingen eingerichtet. Tatsächlich erfuhr er, dass es in der Bretagne Produzenten von Zuckerrübensetzlingen gibt. Eine interessante Alternative zur Aussaat! Mit Unterstützung der FRI, la Fondation rurale interjurassienne, wurden aufschlussreiche Versuche durchgeführt. Ein kurzer Bericht über ein vielversprechendes Abenteuer.

VON KONVENTIONELL BIS INNOVATIV -BIO. Philippe Faivre betreibt einen diversifizierten Bauernhof. Er produziert Weizen, Futtermais, Raps, Luzerne, Erbsen und Zuckerrüben. Er baut auch Sojabohnen für die Ernährung an, die in einem Landi-Fenaco-Zentrum zu Tofu verarbeitet werden. Er hat ausserdem Legehühner. Im Jahr 2011 stellte er auf biologischen Landbau um. Die Pflanzungstechnik schien ihm eine sehr interessante Alternative für Produzent*innen in der Schweiz zu sein.

UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE FRI. Auf Anfrage von Philippe Faivre hat die Fondation rurale interjurassienne (FRI) Versuche im Jahr 2019 auf 24 Ar und im Jahr 2020 auf etwa 1,2 Hektar unterstützt. In diesem Jahr werden noch Versuche mit anderen Sorten von Setzlingen auf etwa 1 Hektar durchgeführt. Die FRI hat auch Kostenberechnungen durchgeführt. Die Versuche waren erfolgreich und Philippe Faivre pflanzte in diesem Jahr 6 Hektar Bio-Zuckerrübensetzlinge aus Schweizer Produktion. Er erwarb eine Setzmaschine und ein Jätgerät. „Die Tatsache, 6 Wochen alte Zuckerrübensetzlinge zu pflanzen, verschafft der Pflanze einen Vorteil gegenüber Unkraut und erleichtert die mechanische Unkrautbekämpfung durch den Jäter“, erklärt Philippe Faivre. Derzeit verwenden zwei Produzenten im Jura diese Technik. Und in der gesamten Schweiz werden etwa 80 Hektar mit der Pflanzung von Setzlingen produziert.

INTEGRATION IN DIE WERTSCHÖPFUNGSKETTE. Die Zuckerfabrik Aarberg unterstützt das Projekt: Die Produzent*innen, die die Pflanzmethode anwenden, stehen bei ihr unter Vertrag. Die Zuckerfabrik kümmert sich auch um die Bestellungen von Setzlingen, die derzeit in der Schweiz produziert werden. Der Einsatz dieser Technik entspricht der Absicht der Schweizer Zucker AG, die seit 2017 die Produktion von Schweizer Bio-Rüben stärken will, dies in Zusammenarbeit mit SZV (Verband Schweizer Zuckerrübenpflanzer), FiBL (Forschungsinstitut für biologischen Landbau), Coop und Bio Suisse mit Unterstützung des BLW (Förderprogramm Qualität und Nachhaltigkeit: QuNav).

DIE UNBEKANNTEN. Laut Bio Aktuell ¹ liegt der Grundpreis für 2021 bei 158 CHF pro Tonne (ohne Zuschläge und Rabatte). Der Preis der Schweizer Setzlinge wurde den Produzenten jedoch noch nicht mitgeteilt. „Wir hoffen, dass sie den gleichen Preis haben oder wenig teurer als französische Setzlinge sein werden“, sagt Philippe Faivre.

Die Bäuerinnen und Bauern müssen mit vielen Unbekannten umgehen: Wetter, Schädlinge, Preise für Setzlinge und Betriebsmittel, Ertrag und Zuckergehalt, Konkurrenz durch Importe ... und sie müssen oft mehr als ein Jahr warten, um den tatsächlichen Preis zu erfahren, den sie für ihr Produkt erhalten. Ihre Integration in den Sektor sichert ihnen eine Absatzmöglichkeit, erleichtert den Zugang zu Rübenpflanzgut, aber ihre Stimme wird nicht gehört. Wie unser Gesprächspartner mit einer gewissen Bitterkeit feststellt, „wir Bauern entscheiden gar nichts! Wir sind daran gewöhnt, das ist auch in den anderen Branchen so“. Ja, das ist in der Tat die Regel, aber das bedeutet nicht, dass es fair ist. Es ist ein Skandal, dass die Bauern und Bäuerinnen kein Mitspracherecht haben, denn ohne ihre Produkte gibt es keine lokalen Lebensmittel, kein Swissness-Label... Die Konsument*innen

wollen Nahrungsmittel, die in der Schweiz hergestellt und verarbeitet werden, und wenn möglich biologische. Ohne die Schweizer Landwirtschaft können die Verarbeiter und Händler diese Erwartungen nicht erfüllen.

SCHWEIZER ZUCKER UND DIE INDUSTRIE. Derzeit verwenden 2'800 Unternehmen in der Schweiz Zucker für die Herstellung von Lebensmitteln (Milchprodukte, Speiseeis, Backwaren, Kakao- und Schokoladenprodukte, Süßwaren, Fertiggerichte und alkoholfreie Getränke). Auf diese Unternehmen entfielen im Jahr 2017 insgesamt 49'000 Arbeitsplätze. Etwa 85% des in der Schweiz produzierten Zuckers wird in der Lebensmittelindustrie verwendet und nur 15% wird als „Haushaltszucker“ ² konsumiert. Angesichts dieser Zahlen, die von der Bedeutung der Schweizer Agrarproduktion und damit der Arbeit der Bäuerinnen und Bauern zeugen, ist es das Mindeste, sie als gleichberechtigte Partner*innen anzuerkennen und die Wertschöpfung zwischen allen Akteur*innen der Kette transparent und ausgewogen zu verteilen.

SCHUTZ DES ZUCKERSEKTORS: DIE EMPFEHLUNGEN VON UNITERRE. Uniterre empfiehlt, die Steuer auf Zuckerimporte auf den Höchstwert anzuheben, der in den WTO-Abkommen zugelassenen Steuerspanne entspricht, d. h. 610 Fr/t, was eine Erhöhung des Produzentenpreises für Zuckerrüben um 40 Fr/t ermöglichen würde. Damit wäre das Preisniveau wieder auf dem Stand von 2007. Dieses Niveau reicht immer noch nicht aus, um eine einträgliche Ernte zu ermöglichen, und es ist daher notwendig, die Prämien für den Anbau beizubehalten, um die Differenz zwischen dem geschützten Marktpreis und dem einträglichen Preis auszugleichen. Für Rübenimporte müssen Importphasen eingerichtet werden und die Besteuerung muss den Zielen entsprechen (Mindestzielpreis Fr. 100/t, Besteuerung um Fr. 75/t).

Die Finanzierung darf nicht zu Lasten des Agrarhaushalts gehen. Wenn die oben genannte Besteuerungsmassnahme nicht angenommen wird, muss der Agrarhaushalt nach oben korrigiert werden, um die zusätzlichen Kosten auszugleichen.

Zucker, der von der Lebensmittelindustrie verwendet wird, sollte als Teil einer Strategie zur Gesundheitsprävention besteuert werden. So könnte beispielsweise das von 14 Schweizer Unternehmen unterzeichnete Mailänder Abkommen, das eine schrittweise Reduzierung des Zuckers in Joghurts und Müsli und in Zukunft in einer breiteren Palette von Produkten vorsieht, durch eine Besteuerung des Zuckers verstärkt werden ³. Eine solche Steuer wird in Belgien und Frankreich angewandt, ohne jedoch das Steueraufkommen verbindlich zu steuern. Genf wird eine solche Steuer einführen, Neuenburg bereitet sich darauf vor... neben dem Ziel der öffentlichen Gesundheit wollen sie die Zahnpflege finanzieren... Unserer Meinung nach sollten die eingenommenen Mittel zu 50 % der Zuckerrübenproduktion (Finanzierung der Anbauprämie und Finanzierung der öffentlichen Forschung für nachhaltige Produktionssysteme ohne Insektizide und Herbizide) sowie zu 50 % der öffentlichen Gesundheit zugeführt werden.

So würde eine Steuer von 900 Fr/t Zucker, der in der Lebensmittelindustrie verwendet wird, 330 Mio. Fr. einbringen. Für den Konsument*innen wäre diese Steuer gleichbedeutend mit einer Erhöhung um 1 Rp/l Süssgetränk. •

QUELLEN:

1. www.bioaktuell.ch/markt/biomarkt/markt-bioacker-allgemein/zuckerrueben.html
2. Bundesamt für Statistik Zucker 1166-2000
3. www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/ernaehrung/produktzusammensetzung/zuckerreduktion.html

IM GEDENKEN AN ERNST FRISCHKNECHT

16. 8. 1939 - 14. 4. 2021

MUTIG, VORAUSSCHAUEND, UNERSCHROCKEN, VISIONÄR. Das sind Eigenschaften, die mir im Gedenken an unseren Weggefährten und Freund Ernst Frischknecht vor Augen stehen. Als Ernst 1972 mit seiner Frau Dorli voller Fragen und Zweifel zu einem Landbaukurs auf den Mösberg fuhr, war er ein «moderner» Bauer wie es im Buche steht. Er hatte sich den Fortschritt der Agrartechnik und Agrarchemie zu Nutze gemacht. Als er mit Dorli von jenem Kurs zurückkehrte, war ihnen beiden bewusst geworden, dass das, was ihnen an den Fachschulen als Fortschritt angepriesen worden war, in Wirklichkeit ein Fort-Schritt, weg von der Natur, bedeutet. Sie beschlossen eine Kehrtwendung, und Ernst wurde zu einem der profiliertesten Promotoren und Förderer des biologischen Landbaus unseres Landes. Unermüdlich hat er sich für den Biolandbau eingesetzt, hat auch auf Schwachpunkte hingewiesen, stand im Dialog sowohl mit Gleichgesinnten als auch mit der Gegenseite, mit Praktikern, Wissenschaftlern, Verbänden und Politikern bis hinauf zum Bundesrat. Auch härtesten Auseinandersetzungen ist Ernst nicht ausgewichen. Während acht Jahren diente er der Bio Suisse als Präsident und prägte deren Entwicklung massgeblich. Kompromisslos hat er die Anliegen der Biobauern nach aussen vertreten. Auch im Ruhestand blieb Ernst nicht untätig. Im Sudan, in Tansania, Kenia oder Rumänien war er ein gefragter Berater und Helfer.

Traurig, aber dankbar blicken wir auf die gemeinsam mit Ernst zurückgelegte Wegstrecke. Lieber Ernst, du hast Fragen gestellt und immer wieder nach Lösungen gesucht. Du hast Weichen für die Zukunft gestellt und wesentlich dazu beigetragen, uns aus der belächelten Rolle von Aussenseitern herauszuführen. Dafür danken wir dir.

Deiner Frau Dorli und deiner ganzen Familie entbieten wir unser herzliches Beileid. Werner Scheidegger •

RUNDGANG AUF DEM VIELFÄLTIG STRUKTURIERTEN EULENHOF IN MÖHLIN

JOSEF KAUFMANN, SEKTION AARGAU

Gleich zu Beginn, als Betriebsleiter Edi Hilpert die Mitglieder der Uniterre-Sektion Aargau am 26. Mai 2021 auf das Feld führt, wird ersichtlich, dass die hier kultivierten Flächen nicht dem üblichen Bild entsprechen. Der nach Bio Suisse (Knospe) zertifizierte Betrieb betreibt nämlich Agroforst. So sind die Felder durch Hochstammobstbäume klar strukturiert mit Längs- und Querreihen. Zwischen den Baumreihen wächst verschiedenes Gemüse vom solidarischen Gemüsebau (www.solila.ch) und innerhalb der Baumreihen wechseln sich Wild- und Zuchtobstbäume ab (z.B. Sauerkirschen mit Apfelbäumen dazwischen). Das Gras entlang der Bäume wird als Mulch liegen gelassen. Einmal im Jahr wird gepflügt, was bewirkt, dass die Wurzeln der Bäume in die Tiefe wachsen und nicht an der Oberfläche bleiben. Danach erfolgt eine Bepflanzung mit Nüssli- oder Zichoriensalat oder einer Gründüngung. Der Schnitt der ökologischen Ausgleichsflächen (30% der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 18 ha) wird gedörnt und geht an einen Nachbarn mit Pferden. Der Pferdewirt kommt zurück und wird in den Kompost eingearbeitet. Dank der reich strukturierten Landschaft gibt es weniger Läuse, dafür aber mehr Mäuse und Schnecken. Trotz reicher Erfahrung probiert Edi Hilpert immer wieder neues aus, z.B. Veredeln von Bäumen auf verschiedenen Unterlagen. Aktuell war ein Kohlfeld erstmals mit Gründüngungsschnitt gemulcht, um den Boden gegen Verschlämmung respektive rasche Austrocknung zu schützen. Beim abschliessenden Abendessen, coronabedingt draussen und mit Selbstmitgebrachtem, wurde der Austausch gepflegt, insbesondere zu gegenwärtigen Agrarthe-men. •

Weitere Informationen.

<https://solila.ch/>
<https://eulenhof-stauden.ch/unkategorisiert/links/>

LESERBRIEF

PAUL SAUTEBIN
EHMALIGER PRÄSIDENT JURA UND BERNER JURA

NACH DEM 13. JUNI: PACKEN WIR DIE WIRKLICHEN PROBLEME AN!

Die Ernährungsfrage ist im Zusammenhang mit der globalen Krise, die wir gerade durchmachen, essentiell geworden: Pandemie, Klima, Migration, Umwelt, Biodiversität. Inmitten des ausufernden Konsums, sind Lebensmittel wieder in den Fokus gerückt, weil unsere Versorgung und Volksgesundheit nicht mehr selbstverständlich zu sein scheinen. Wie wir in der Kampagne für die Abstimmung am 13. Juni gesehen haben, wurden die Probleme, die den Initiativen zugrunde liegen, nicht berücksichtigt, insbesondere die der liberalisierten Märkte, die die Landwirte tagtäglich strangulieren und jedes Jahr das Verschwinden von fast tausend Höfen verursachen. Anti-Pestizid-Initiativen hin oder her, der Agrarsektor wird nach wie vor auf Schritt und Tritt vom Wettbewerb zersägt. Diese Fragen wurden von den Initiatoren, den Grünen, der SP und den Umwelt-NGOs zu einseitig gestellt: Sie wollten der Landwirtschaft Umweltstandards auferlegen, ohne dieses räuberische Wirtschaftssystem anzuprangern. Diese Fragen wurden auch von den Organisationen, die das 2x NEIN unterstützen, vermieden. Die Abstimmungskampagne moralisierte und individualisierte die Agrar- und Ernährungsfrage: „der Bauer muss nur, der Konsument muss nur“, und ignorierte dabei die Tatsache, dass die Landwirtschaft untrennbar mit der Gesellschaft verbunden ist, mit der sie das Land teilt. Die Bedrohung der Versorgung, die steigenden Preise, die Verschwendung, die Importe, der Verlust von Arbeitsplätzen usw. werden herbeigeredet, während die Normen und der industrielle und kommerzielle Wettbewerb Milliarden von Franken an Lebensmittelabfällen, Tonnen von CO₂, harte Arbeit, die Vernichtung von Arbeitsplätzen und niedrigere Agrarpreise verursachen, wobei vergessen wird, dass die Schweiz einen bedeutenden Teil ihres „Territoriums“ exportiert, insbesondere bei Käse und Milchpulver. Soziale, ökologische, klimatische und migrationsbedingte Herausforderungen durchkreuzen unaufhaltsam die Landwirtschaft - zum Guten oder zum Schlechten. Es ist daher zwingend notwendig, dass sich die Bauern neu organisieren, um ihre Autonomie zu sichern, indem sie sich von den Fesseln des Agrobusiness emanzipieren, die die Landwirtschaft und die Agrarpolitik kontrollieren. Ein Bündnis mit Sozial-, Umwelt- und Klimabewegungen ist selbstverständlich und muss auf der Basis von Ernährungssouveränität artikuliert werden. Ernährungssouveränität ist Teil einer Bewegung zur Ausweitung der Demokratie, richtet sich an Institutionen und gibt der Gesellschaft die Möglichkeit, auf dem Territorium, das sie bewohnt und in Zukunft bewohnen wird, Entscheidungen in Bezug auf Agrarpolitik, öffentliche Gesundheit und Umwelt zu treffen. Eines dieser Mittel ist die Regulierung der nationalen Märkte, um sich dem globalen Wettbewerb zu entziehen. Wie wir bei der Pandemie gesehen haben, sind die Staaten verpflichtet, einzugreifen. Das Gleiche gilt für die öffentliche Gesundheit, Lebensmittel und das Klima. Gesellschaften können ihre Zukunft nicht von den Gesetzen des Marktes abhängig machen. Eines ist sicher, mit einer offenen Vision und durch Demokratie ist eine Konvergenz der Interessen und Kämpfe, insbesondere der sozialen, ökologischen, feministischen, migrantischen und klimatischen, möglich. •

Eure Meinung ist uns wichtig.

Wollt ihr einen Beitrag zu einem Thema, das in der Zeitung behandelt wurde, schreiben? Habt ihr andere Themen, die euch unter den Nägeln brennen?

Schreibt uns an:

info@uniterre.ch
> Betreff: Zeitung

LESERBRIEF

MAURUS GERBER, SCOUT GR

DIE ABSTIMMUNG ÜBER DIE PESTIZIDINITIATIVEN IST GESCHICHTE.

Zurück bleibt mir - unabhängig vom Ausgang - ein schaler Nachgeschmack. Es sind unsere Standesorganisationen, Politik, Landwirtschaftsschulen und Beratungsdienste, im Verbund mit den entsprechenden Interessenvertretern, die nach dem 2. Weltkrieg die Bauern jahrzehntelang dazu antrieben, ihre Betriebe auf Kosten der Kleinen zu vergrössern und auf Teufelkomm-raus immer intensiver und immer mehr zu produzieren. Bis sich gegen Ende der Siebziger Jahre in vielen Sektoren allmählich eine Marktsättigung einstellte. „Dank“ des Globalisierungswahns unseres Ultra-Neoliberalismus sind die heutigen Marktpreise nicht mehr reelle Preise, schon gar nicht in Bezug auf die Nachhaltigkeit. Die Bürger ihrerseits erwarten mehr Ökologie, nicht zuletzt infolge der Exzesse und Übermarchungen der Vergangenheit, und die Ansprüche der Konsumenten steigen ständig, nicht aber deren Bereitschaft, faire Preise zu bezahlen, welche den Bäuerinnen und Bauern eine würdige Existenz ermöglichen würde. Hinzu kommt die Problematik der Direktzahlungen. Diese waren ursprünglich dazu gedacht, die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft abzugelten. Heute hängt das Überleben der Betriebe davon ab. Die Landwirtschaft befindet sich also in einem Spannungsfeld zwischen Täterschaft, Opfer und Abhängigkeit von den Direktzahlungen. Wir müssen realisieren, dass es so nicht weitergehen kann, dass wir daran sind, die Böden und die Ökosysteme - und damit auch unsere Produktionsgrundlagen und unsere Gesundheit - zu zerstören. Wir können es uns nicht mehr leisten, die legitimen Erwartungen der Konsumenten und der Mitbürger in den Wind zu schlagen, wie es in der Abstimmungskampagne vor dem 13. Juni geschehen ist! Wir müssen aktiv den Dialog zur Konsumentenschaft suchen. Das ist zugegebenermassen ein totaler Paradigmenwechsel, aber der einzige erfolgversprechende Ausweg aus dem gegenwärtigen Schlamassel, soll unsere Landwirtschaft auch langfristig überleben können. Hier tut sich für Uniterre ein weites, interessantes Betätigungsfeld auf. Zum Schluss noch eine Idee zum Nachdenken: Würden unsere Ladenpreise alle effektiven, globalen Kosten - inklusive sozialen und ökologischen Fussabdrücken - widerspiegeln, dann könnten allein die Gesetze des Marktes die bestehenden Spannungen weitgehend entschärfen, und die Bauern müssten sich nicht gegenseitig zerfleischen und den Schwarzpeter zuschieben... •

WAHL PRÄSIDIUM UNITERRE

AM 26. NOVEMBER wird auf der ausserordentlichen Generalversammlung von Uniterre eine neue Präsidentin oder ein neuer Präsident gewählt. Die Kandidat*innen werden ein paar Minuten Zeit haben, um ihre Beweggründe und ihre Vision für die Zukunft unserer Organisation vorzustellen. Das detaillierte Pflichtenheft erhalten Sie bei Berthe Darras, an die Sie bereits jetzt Ihre Kandidatur senden können: b.darras@uniterre.ch.

KONTAKTE SEKTIONEN

Zürich NEU: David Jacobson 076 562 03 26

BS/BL Florian Buchwalder 079 470 70 48

Bern Daniel Flühmann 078 845 48 99

Aargau Georg Dällenbach 078 645 15 59

Luzern Markus Müller 079 216 40 30

Tessin Noëmi Lerch 079 339 82 07

Graubünden Kesang Schneider 076 522 71 06

Deutschschweiz Mathias Stalder 079 409 72 06

AGENDA

Besichtigung der Ölmühle Jean-Pierre Huber in Sohyères (JU)

Freitag, 20. August, 15.30 Uhr
Zug ab Biel: 14.49 Uhr, Gleis 2 / Zug ab Basel: 14:37, Gleis 1

Feldführung & Grillade auf dem Hof von Gorm Seiler

Samstag, 28. August 2021, 16:00 - ca. 20:00
Bagenschwand 420, Langnau im Emmental.
Mitfahrgelegenheit und Anmeldung an: bern@uniterre.ch
Unkostenbeitrag: Fr. 10.-

Schweizer Genusswoche

vom 16. bis 26. September
www.gout.ch an.

Le marché bio in Saignelégier JU

18. und 19. September 2021.
www.marchebiojura.ch/

Bio Herbstmarkt in Fribourg

25. September 2021 9.00 bis 17.00 Uhr
www.marchebio-fribourg.ch

Exkursion: Direktvermarktung und regenerative Landwirtschaft

Freitag, 24. September 2021, 16:30 - 20:00 Uhr
Auf dem Hof von Nadia Graber und Dieter Weber. Zum Abschluss gibt's Kürbissuppe, Brot & Käse Hofgut Obere Wanne, Liestal (BL), Anreise siehe: www.oberewanne.ch Unkostenbeitrag: Fr. 10.-

Oltener Treffen

Mittwoch, 1. September 2021, 19:30 - 21:00
Anmeldung an: m.stalder@uniterre.ch

Zum Vormerken:

Generalversammlung Uniterre Schweiz:

Freitag, 26. November 2021, Region Bern
Wir zählen wir auf Euer zahlreiches Erscheinen zur ausserordentlichen Generalversammlung, bei der wichtige Punkte besprochen werden, insbesondere die Änderung der Statuten, der Übergang zu einer neuen Arbeitsweise und die Wahl unseres zukünftigen Präsidenten oder Präsidentin!

70 Jahre Uniterre Jubiläum

Es wird auch eine Gelegenheit sein, das 70-jährige Bestehen unserer Organisation mit einem geselligen Essen zu feiern. Details werden Euch zu gegebener Zeit mitgeteilt!

IMPRESSUM

Sekretariat/ Werbung

Uniterre, av. du Grammont 9, 1007 Lausanne,
021 601 74 67 www.uniterre.ch info@uniterre.ch

Redaktion

Ulrike Minkner, u.minkner@uniterre.ch
Michelle Zufferey, m.zufferey@uniterre.ch
Vanessa Renfer, v.renfer@uniterre.ch

Herausgeber, Verwaltung Mitgliederdatei

Claude Mudry, 079 365 76 10, c.mudry@uniterre.ch

Übersetzung

Büro Uniterre
Michael Huber

Fotos

Eric Roset 1,2,5
Mathias Stalder 3

Druck

Imprimerie du Journal de Sainte-Croix et Environs
1450 Sainte-Croix, 024 454 11 26
Imprimé sur papier certifié FSC-Mix.